

Für Halle monatlich bei postmöglicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anst. d. Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungsgeschäftsunter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für anderwärts eingehende Bestellungen wird keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gestattet.

Verleger: Dr. Heinrich K. 1140; Dr. Hermann K. 1155.

Saale-Zeitung.

Viernundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von anderen Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntes die Seite 75 für Halle und umher mit 10 Pfg.

Erbschaft täglich einmal, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Gr. Sandstraße 17; Nebengeschäftsstelle, Markt 24. Anzeigen-Verkaufsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I, Telefon Nr. 501 u. 176.

Nr. 41.

Halle a. S., Mittwoch, den 26. Januar.

1910.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung, Dienstag, den 24. Januar 1910.

Am Tische des Bundesrats: Dernburg, Wermuth, Lindemann. Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der südafrikanische Nachtragsetat.

Hg. Gemter (nl.)

erstattet als Referent Bericht über die Verhandlungen der Kommission in der Diamantenfrage, der Eisenbahnfrage und der Frage der Selbstverwaltung. Es sei, wie er besonders betont, von dem Reinertrage des Diamantengeschäfts drüben wie in Deutschland dem Reiche nicht weniger als 48 Prozent zuzuführen. Dabei sei auch der Preis pro Karat von 22 M. auf 33 M. gestiegen. Ueber die „Sperrre“ enthalte er sich eingehender Bemerkungen, da der Staatssekretär sich darüber vorläufiglich nicht auszusprechen werde. Hoffentlich möge er hier nur als Vereinfachende die Kommission der Kommissionsmission: 1. daß die rechtliche Grundlage der „Kolonialgesellschaft“ unangreifbar sei; 2. daß unter allen Umständen das Reich gegenüber dieser und anderen Gesellschaften im Status der bona fides bleiben müsse, und 3. daß die Politik des Staatssekretärs in Südafrika Fiktion u. verdien. Gemisse Forderungen, die drüben von Interessenten erhoben seien, seien übertrieben. Der Ton einer dort eingelaufenen Eingabe sei ganz ungehörig. Er sei von der Kommission beauftragt, dies ausdrücklich zu erklären. Auch stelle er fest, daß, wo und wann immer in der Kommission der Wunsch nach weitem Material laut geworden sei, der Staatssekretär den Wunsch erfüllt habe. Zu einer weiteren Unternehmung, wie solche in jener Eingabe verlangt werde, liege nicht der geringste Grund vor.

Hg. Erberger (Str.):

Das viele dankenswerte Material, das uns zugegangen ist, ist uns nur leider etwas spät zugestellt worden. Andererseits ließe ich nicht an, anzuerkennen, daß der Kolonial-Staatssekretär in der Diamanten-Geminnung und Diamanten-Bewertung eine geschickte Hand bewiesen hat. Ueberhaupt können meine Freunde der Kolonialpolitik des Herrn Dernburg, der ja wohl nach Herr von Dernburg mit seinen Händen absehbare Bewegungen macht, im großen und ganzen beistimmen. In Einzelheiten von unangeordneter Bedeutung kann man ja natürlich gleichwohl über dies oder jenes anders denken. Die Art der schon erwähnten Angriffe auf den Staatssekretär aus Südafrika selbst mißbilligen wir ganz entschieden. Die Rechte der Kolonialgesellschaft sind tatsächlich unangreifbar, wie sehr es auch bebauert werden mag, daß diese Gesellschaft es verstanden hat, sei den 80er Jahren immer mehr die auf ihr lastenden Pflichten abzumäßen. Gerade die über das ganze Diamantengebiet seit Oktober 1908 verhängte Sperrre, deren Befreiung man den Staatssekretär so heftig angegriffen hat, war eine seiner vernünftigen Maßnahmen. Was wird aber im April 1911 geschehen? Wird die Sperrre verlängert werden? Meine Freunde haben jedenfalls den Wunsch, daß neue große Konzessionen, Sonderbefreiungen, fortan nicht mehr erteilt werden. Es bedarf deren auch nicht mehr, denn der Bagamut des deutschen Kapitals, in den Kolonien sich zu betätigen, ist jetzt auch schon ohne solche Anfechtung groß genug. Wir werden, wenn auch nicht schon bei diesem Nachtragsetat, einen dahingehenden Antrag einbringen. Was den Bürgermeister Kreplin und Genossen anlangt, so solle man sich darüber nicht allzu sehr aufregen, die Leute messen sich sonst eine Beerdigung bei, die ihnen nicht gebührt. Hoffen wir, daß auch bei ihnen die Besonnenheit wieder eintritt und daß sie einsehen, wie sehr sie die Kolonie und sich selber schädigen durch ein solches Auftreten. Denn wie kann man solchen Leuten die Selbstverwaltung gewähren, die sie doch so sehr mißbilligen!?

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg:

Auf die Beschwerden, die aus Südafrika über die Politik des Reichskolonialamts hier eingegangen sind, werde ich auch nicht mit einem Worte eingehen. Ich würde die Bedeutung der Stellungnahme der Budgetkommission und des Reichstags zu diesen Beschwerden nur abschwächen, wenn ich in dieser Angelegenheit mich dazu äußern wollte. Ich werde auch nach gar keiner Richtung hin mit den Herren in Widerspruch polemisieren, sondern mich darauf beschränken, einen kurzen und klaren Bericht über die Maßnahmen zu geben, die das Reichskolonialamt veranlaßt hat. Es handelt sich hier um einen Komplex von Fragen, die in ihrer wirtschaftlichen Tragweite von sehr großer Bedeutung sind und durchaus nicht einfach liegen. Das ist auch die Ursache dafür, daß diese Dinge in Südafrika zum großen Teil nicht verstanden worden sind. Es sind sehr schwierige Fragen, die zu ihrem Verständnis nationalökonomisch vorgebildete Menschen verlangen, Menschen, die mit allen handelspolitischen und kommerziellen Verhältnissen vertraut sind. Die Diamantfunde haben die Verwertung vor eine große Aufgabe gestellt. Es ließ sich ja gar nicht voraussehen, welchen Umfang diese Dinge annehmen würden. So sehr ich überrascht worden, durch die schnelle Entschloßung und hin vorgegangen nach einem Programm, das ich bereits vor der Kommission eingehend dargelegt habe. Wenn man in einer Kolonie Betriebsgegenstände gewinnt, die in der Heimat für jedermann von Nutzen sind, dann muß man im Interesse eines möglichst großen Absatzes möglichst billig fördern und die Preise möglichst niedrig halten. Wenn man dagegen Luxusgegenstände gewinnt, die nur für ein bestimmtes Publikum von Wert sind, die keine Konkurrenz vertragen, dann muß man sie im Preise steigern, d. h. monopolisieren. Diese Dinge sind auch die gegebenen Steuerobjekte für den Fiskus. Wenn man aber solche Steuern einführt,

dann muß man gleichzeitig dafür sorgen, daß diese Dinge verkauft werden. Wenn man sie nicht verkaufen kann, kann man auch keine Steuern erzielen. Ich habe meine ganze Politik in dieser Frage bereits klargestellt im vorigen Jahr in der Budgetkommission und in dem Vortrag, den ich an einem Abend im vorigen Jahre hier im Reichstag gehalten dürfte. Wenn die Diamantproduzenten hieraus nicht entnehmen, was wir wollten, dann hätte ihnen auch eine früher veröffentlichte Denkschrift nichts klar gemacht. (Sehr richtig!) Wir stehen hier auf einem Treppchen. Im Herbst 1908 sind die Vertreter aus Liberia bei mir gewesen und haben den jetzt von ihnen angegriffenen Maßnahmen zugestimmt. Sie waren auch in der Regie und haben gesagt, die Regie sei eine ganz vorzügliche Einrichtung. Sie haben daraufhin ihre Antiregie zurückgezogen. Und nun kommt auf einmal hinterher die Kritik, trotzdem ich doch seitdem so gut wie nichts geändert hat. Ich kann mir die veränderte Haltung nur so erklären, daß den Leuten inzwischen der Appetit beim Essen gekommen ist und daß sie sich auch ein Stück aus dem Kuchen herausnehmen wollen. (Zustimmung.) Ich würde ihnen ja sehr gerne gönnen, wenn nur genug Kuchen vorhanden wäre. (Heiterkeit und Zustimmung.) Die Deutsche Kolonialgesellschaft in Südafrika ist niemals eine Konzessionsgesellschaft gewesen. Sie hat lediglich durch Verträge mit den Hauptminen sich Privateigentum gekauft, genau so, wie man jetzt noch sich Privateigentum kaufen kann. Diese Verträge mit den Hauptminen sind die Grundlage gewesen für die Befreiung von Südafrika und für die Flaggengewinnung, die unmittelbar darauf vom Deutschen Reich befristet worden ist. Uns kam es darauf an, eine möglichst starke und sachverständige Gesellschaft hinein zu bekommen, und wir haben natürlich unter den Gesellschaften, die in Frage kamen, denjenigen die Berechtigung zu geben, die seit 25 Jahren im Lande tätig ist. Was sollten wir auch hin kommen, wenn wir uns selbst nicht an das Bürgerliche Gesetzbuch halten würden, das ja auch dort gilt, und auf Grund von Verbindungen bestehen die Rechte der Beteiligten westgemastriert? Die Maßnahmen an sich, die wir nach genauer Überlegung getroffen haben, sind zweckmäßig und ich glaube nicht, daß der Fiskus besser gefahren wäre, wenn das Gebiet für ihn gesperrt worden wäre. (Zustimmung.) Es hat sich daran gehandelt, das deutsche Kapital durch die Sperrre im Gebiete zu erhalten und das ausländische Kapital, das rechts und links Terrain zu erwerben suchte, fern zu halten. Habe ich nicht recht getan, das Land einer Gesellschaft zu geben, die darauf verzichtet hat, ihre Aktien ins Publikum zu bringen, wie die Deutsche Diamantengesellschaft? Nur in ruhiger verständiger Arbeit können dauernde Ergebnisse erzielt werden. Das ist der Unterschied in der Geschäftsgebarung eines soliden deutschen Kaufmanns und der eines phantastischen Spekulanten. (Beifall.) Herr Erberger hat mir großes Lob gesollt für den auf männlichen Geist, den ich in die Verwallung gebracht habe. Nun, Herr Erberger, der lautmännliche Geist kann sich nur in der Freiheit entwickeln. Wenn Sie ihn aber rechts und links einschränken und wenn Sie Resolutionen fassen, wonach erst sämtliche Bundesstaaten und der Reichstag gefragt werden sollen, wenn etwas zu geschehen hat, dann werden Sie jeden lautmännlichen Geist herausstreifen und ersticken. (Hört! Hört! und leb. Zustimmung.) Ich will nicht zulange bei der Diamantenfrage verweilen. Sie ist ja sehr interessant und hat viel Sensation gemacht. Aber damit ich es auch in Deutschland kann, denn sonst kann es nicht ausbleiben, daß die Südafrikaner sich als den Acker der Welt empfinden, in dem Momente, wo in Deutschland die deutsche Kolonialpolitik mit den Diamanten, die dort gefunden werden, identisch ist. Ich will nicht verschweigen, daß das schöne Geschäft ist, die Frauen daran nicht unschuldig sind. Ich habe in den letzten Jahren von unseren Damen eine andere Unterhaltung überhaupt nicht mehr gehört. (Große Heiterkeit.) Herr Erberger hat auch genauere Details über unseren Vertrag mit der Deutschen Kolonialgesellschaft verlangt. Da dieses Abkommen nur nach der Genehmigung des Aufsichtsrates der Gesellschaft bedarf, an deren Erteilung nicht zu zweifeln ist, so kann ich Mitteilungen über den Vertrag machen. Es ist darin festgesetzt, daß die Gesellschaft bis zum 26. Wintergast das bisherige Aufsichtsratsrecht behält, und daß ihr dauernde Abbaurechte für dieses Gebiet verliehen werden. Diese beziehen sich auch auf andere Mineralien als auf Diamanten. Das Gebiet südlich vom 26. Grad ist für dritte Personen gesperrt, der Fiskus aber ist berechtigt, sich dort Eigentum anzueignen, und die Ausbeute des Gebietes durch Dritte betreiben zu lassen. An dem Gebiet zwischen dem 26. Grad bis in die Nähe von Smaknupund hat die Deutsche Kolonialgesellschaft nach ihrer eigenen Erklärung kein Interesse. In diesem Gebiet kann der Fiskus ohne weiteres auch für Diamanten die Sperrre erklären. Die Diamantengesellschaft gewährt dem Fiskus ein Viertel von ihrem Ertrage nach Abzug von 20 Prozent, die sie für ihre Kosten berechnen. Die Beihilgen ist limitiert auf 80 Millionen Mark. Das ist eine sehr hohe Summe, die aber vielleicht erreicht werden wird. Der Fiskus hat sich einen Vorteil von 10 Millionen Mark gelockt. Mehr noch wert ist aber, daß nur eine glatte unanfechtbare Rechtslage geschaffen ist und daß wir aus dem Prospektieren herauskommen. Ich habe Frieden gemacht und werde mich der Unterhaltung des Hauses ihn auch halten. Was die Frage der kleinen Aktien anlangt, so sieht unsere Kolonialgesetzgebung bereits Aktien von 100 M. vor. Nach englischem Muster können wir es nicht machen, die Herren müssen schon auf die Agitate verzichten. In acht Wochen wird unser Minister kommen. Gewiß hätte ich auch ein höheres Angebot bekommen können, als das von der Diamantengesellschaft. Man muß sich doch aber auch die

Beute aneiden, an die man sich wendet, ob sie die nötigen Garantien bietet. Sie können sehr anständig sein, wenn sie aber unerfahren und den großen Summen nicht gewachsen sind, dann kann ich mit ihnen nicht arbeiten. In der Mitbestimmung in Südafrika sind die dortige Presse und auch die Beamten laud. (Hört, hört!) Für uns ist der erste Grundlag, daß das Land durch Ackerbau und Viehzucht soweit kommt, daß es auch nach dem Abbau der Diamantenschätze gegeben kann. Mit der bisherigen Monopolwirtschaft ist zum größten Teil ausgeräumt worden, nur das Befreiungsmonopol ist noch zu beilegen. Südafrika wird noch für eine ganze Zeit ein Kollisions des Reiches bleiben. Die Aufwendungen pro weißen Einwohner machen noch 10 000 M. pro Jahr aus. Es sind hiesige Werte gegen mich gesprochen worden, aber mein Amt ist zu hoch und meine Aufgabe zu groß, als daß ich mich durch derartige Angriffe selbst von hiesigen Würdenträgern beeinflussen lassen könnte. (Beifall.)

Hg. Dr. Arning (nl.):

Der Diamantengewinn hat neben den rohen Bildern, die er hervorgerufen hat, auch höchst bedauerliche Zustände geschaffen. Die Art des Vorgehens der Bürgermeister macht es einem ausländischen Menschen unmöglich, für sie einzutreten. Der Redner beklagt die vom Staatssekretär in nationalwirtschaftlichem Sinne getroffenen Maßnahmen in Sachen der Regie und der Sperrre, sowie des Bagamutprogramms in zunehmendem Maße. Die Art des Vorgehens der Bürgermeister macht es einem ausländischen Menschen unmöglich, für sie einzutreten. Der Redner beklagt die vom Staatssekretär in nationalwirtschaftlichem Sinne getroffenen Maßnahmen in Sachen der Regie und der Sperrre, sowie des Bagamutprogramms in zunehmendem Maße. Die Art des Vorgehens der Bürgermeister macht es einem ausländischen Menschen unmöglich, für sie einzutreten. Der Redner beklagt die vom Staatssekretär in nationalwirtschaftlichem Sinne getroffenen Maßnahmen in Sachen der Regie und der Sperrre, sowie des Bagamutprogramms in zunehmendem Maße.

Hg. Frh. v. Richthofen (kon.):

Der Beschluß der Reichstagskommission ist so zu verstehen, daß wir durchaus bereit sind, neues Material genau zu prüfen. Das Betitionstext soll nicht verzögert werden. Die Diamantepolitik des Staatssekretärs ist billiger.

Hg. Dr. Wendt (Sp.):

Der Vertrag mit der Kolonialgesellschaft in seiner neuesten Gestaltung lag uns zur näheren Prüfung noch nicht vor. Wir befragen Verweigerung dieser Materie an die Budgetkommission.

Hg. Ledebour (Soz.):

Nach den Erklärungen des Berichterstatters sah es so aus, als ob auch meine Partei dem Staatssekretär ein Vertrauensvotum ausstellen wollte. Die kapitalistische Politik billigen wir natürlich nicht, aber wir sind mit seinen einzelnen Maßnahmen einverstanden. Die Abfertigung der Beschwerden waren unzulänglich. Aber wie ungeduldet es in der Welt zu! Herr Dernburg kriegt den Reiten ab mit Diamanten, der hiesige Reiter aber nicht. Reineswegs darf Bürgermeister Kreplin befristet werden. In England sind die Vords zu vornehm, um sich in solcher Weise zu wagen. Wer mehr, ob Herr Dernburg noch morgen im Amte ist! Wenn's möglich, der Herr post uns nicht mehr, dann steigt ein anderer aus der Berlebung auf, vielleicht noch einmal der Meisterlatzspieler Rod oder ein anderer Unfähiger. Die Parteien sollten nicht hier Vertreter kolonialer Erwerbsgesellschaften zu Worte kommen lassen, sonst kommen wir in eine wilde Aufstiegsstimmung!

Staatssekretär Dernburg:

Bei allen Fragen, was vornehm ist oder nicht, werde ich als Autorität für mich niemals Herrn Ledebour in Anspruch nehmen. Leb. Beifall. Im übrigen werde ich den neuen Vertrag wie jeden anderen der Budgetkommission vorlegen. Ich habe keine Bedenken, meine Verträge vor dem Reichstag zu vertreten. Hg. Dr. Arndt (Sp) zieht hierauf seinen Antrag zurück. Weiterberatung Mittwoch 1 Uhr. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 25. Januar.

Am Ministertische: v. Arnim, Thiel, Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt kein

Landwirtschaftsetat.

Hg. Weiermann (nl.):

Auch wir wollen keine laze Handhabung der Veterinärmaßnahmen an der Grenze. Wir meinen aber eben, daß die Viehzüchter im Inlande energischer bekämpft werden müssen. Die Landwirtschaftskammern sollten dabei wesentlich mitwirken.

Hg. Dr. Hahn (kon.):

Dr. Krüger hat gestern die Ausführungen des Herrn von Wangenheim nicht richtig wiedergegeben. Herr v. Wangenheim hat in Wahrheit gesagt, daß eine möglichst große Zahl von deutschen Männern leihhaft gemacht werden sollte. Dem kann sogar jeder Sozialdemokrat zustimmen. Ich meine, es sollten möglichst viel wirtschaftlich, moralisch und militärisch tüchtige Männer angestellt werden. Ob diese Auffassung noch mit der Sozialdemokratie übereinstimmt, ist schon zweifelhaft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr v. Wangenheim hat nicht gesagt, der Großgrundbesitz solle bei inneren Kolonisationen atfiden und passiven Widerstand gegenüber. Er hat sich nur gegen die unrationelle Kolonisation gewandt. Erwerbsgesellschaften ausgesprochen, die nur ihr Geschäft im Auge haben. (Hört, hört! rechts.) Im übrigen können einseitige Regeln für die innere Kolonisation über ganz Preußen nicht aufgestellt werden. In Hannover macht sich gegenwärtig geradezu eine Güterkäuferei bemerkbar, auf die ich die Aufmerksamkeit des Ministers lenken möchte. Die Agitation des

Bauernbundes gegen den Bund der Landwirte (Hof-Ruf links) ... Dr. Schwabach greift in jeder Rede den Bund der Landwirte an als die Quelle alles Übels. Die Konventionen, meint Herr Schwabach, benutzten die Bitterer nur als Stimmholz, dann gaben sie ihnen einen Substrat. Nicht verschweigen will ich, daß Herr Schwabach auch ein wenig auf die Schwächen hinweist. Das mocht populär. (Große Heiterkeit.) ... (Stimmlicher Beifall rechts; Lachen links.)

Hg. Dr. Heßig (Ztr.)

äußerer Bedenken gegen eine Ausdehnung des Zusammenlegungsgebietes auf Bauland.

Hg. Wamböck (N.)

Ich werde nicht in den Vollversammlungstag des Dr. Hahn verfallen. Aber gemindert hat mich der Beifall der Reden doch! (Sehr richtig! links.) Der Bauernbund scheint doch ein tatgebteres Kind zu sein. Somit wäre Dr. Diederich Hahn hier nicht so sehr gegen ihn vorgegangen.

Präsident v. Rödiger

Es ist im allgemeinen nicht üblich, die Vornamen der Abgeordneten zu nennen. (Große Heiterkeit.)

Hg. Wamböck

Ich bin seit 1874 praktischer Landwirt. 1893 war Herr Dr. Hahn noch nationalliberaler Reichstagskandidat. (Hört, hört!) Unsere Stimmen haben Dr. Hahn erst die Möglichkeit gegeben, hier zu sprechen. (Zuruf links: Weid!) Es ist unklar, daß ich für die Einführung amerikanischer Rodaver eingetreten wäre. Der Antrag, den Dr. Hahn macht, hat auch unter Präsidenten unterirdischen. Ist es denn eine Schande, mit Herrn v. Rödiger zusammenzugehen? (Stimmliche Heiterkeit.) Dr. Hahn ne dreht geradezu. (Sehr richtig! links.) Mit dem Zolltarif haben wir für die Landwirtschaft erreicht, was sie beunruhigen darf. Der Bund der Landwirte aber hat den ganzen Zolltarif abgelehnt, weil er keine liberalen Forderungen nicht durchsetzen konnte. Dem Bunde muß immer wieder unter die Nase gerieben werden, daß er der Zolltarif, der den Landwirten Nutzen gebracht hat, abgelehnt hat. Der frühere nationalliberale Hg. Dr. Hahn schwimmt jetzt ganz im Hofwasser der Großagrare. Wir Bauern sollten nie vergessen, wenn wir unsere Freiheit verdienen. Nicht den reaktionären Parteien, sondern liberalen Männern, wie Stein und Hardenberg. Früher handelten die Bauern unter der Krone des Abels. (Aarm rechts; Beifall links.) Dem Hg. Hahn möchte ich folgenden Vers ins Stammbuch schreiben, der an einem Demoral auf dem Marktplatz in Osnabrück steht:

„Freu gefunnt sich selbst beschränken,
Immerfort aus nächste denken,
Nie vom Weg der Wahrheit weichen,
Und zuletzt das Ziel erreichen!“

(Stimmlicher Beifall bei den Nationalliberalen. Unruhe rechts.)

Hg. Dr. Hahn (konf.)

Die Agitation der Nationalliberalen hält die Konkurrenz mit der sozialdemokratischen rechtlich aus. Wir haben nie einseitig Jollquij für die Landwirtschaft gefordert. Man hat meine politische Vergangenheit wieder herangezogen und daran erinnert, daß ich früher nationalliberaler Kandidat war. Ich konnte mit der Nationalliberalen nicht mehr zusammengehen, weil diese sich eben immer mehr nach links entwickelt hat. Sie sind aus Liberalen Demokraten geworden. (Stimmlicher Widerspruch bei den Nationalisten.) In einige verbündeten sich am liebsten mit den Sozialdemokraten. (Leb. Widerspruch bei den Nationalisten.) Die niederösterreichischen Bauern machen den Weg nicht mit. Sie waren früher alle gemäßigtere Liberaler, wie ich auch. Heute können sie mit dem Liberalismus nicht mehr gehen. Die Nationalliberalen haben verlag, als sie die Mittel zur Sicherung des Reiches hergehen sollten. Einmal mußte Herr Windhoff dem ersten Bismarck helfen, das Reichsrecht zu halten. (Lauter Widerspruch bei den Nationalisten.) Jetzt mußte das Zentrum zum zweiten Male einspringen, weil die Nationalliberalen wieder verzogen. (Erneuter stimmlicher Widerspruch bei den Nationalisten.) Herr Wamböck ist gewiß ein tüchtiger, ehrenwerter Mann, hat aber nicht die richtigen wirtschaftlichen Anschauungen. Die deutschen Bauern scheinen mit ihm Vertrauen und nicht Herrn Wamböck. Und warum vertrauen sie Ihnen nicht? Weil sie wissen, daß Sie sie in den Kurstüffel bringen. (Stimmlicher, lang anhaltender Beifall rechts und im Zentrum. Gelächter links.)

Hg. Heintz (Soz.)

Die Höhe der landwirtschaftlichen Arbeiter fallen ständig, die Arbeiter wird immer länger. Das ist unverständlich, ja geradezu unklar. Der landwirtschaftliche Arbeiter wird nicht als Mensch, sondern als Erbe behandelt. Wir verlangen das Kooperationsrecht für die Landarbeiter. Der neugegründete Landarbeiterverband wird hier hoch von den Liberalen. Die Geschichte mit dem Gen darmen ist auch sehr schön. Dr. Hahn verlangt von dem Gen darmen eine Rechtebewegung, weil er selbst daran Interesse hatte. In Hannover wird nicht der Bund der Erde der verdrängten Nationalliberalen sein, sondern die Sozialdemokratie. Der Bund konnte dort nur einbringen durch die hohe Protektion der Regierung. (Widerpruch rechts.) Man sollte den nationalliberalen Landwirten einen konservativen Regierungspräsidenten hin, damit sie auch konservativ würden. (Lachen rechts.) Wir werden den Kandidat des Bundes der Landwirte gegen die Armen mit aller Kraft bekämpfen. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Dr. Crüger-Dagen

Der Landwirtschaftsetzt steht zur Debatte. Aber der Landwirtschaftsetz hat heute seinen Substanz, was er Dr. Hahn nachdenkt. Ich glaube, Dr. Hahn würde heute eine hartnäckige Abweisung mit mir halten. Was ist davon übrig geblieben? Ich bleibe dabei, der Großgrundbesitzer will von der inneren Kolonisation nichts wissen. (Zuruf rechts: Nur von einer planmäßigen!) Also doch! Dann halten Sie die vom Minister vor-

geschlossene Kolonisation nicht für planmäßig? Daran wird der Minister wohl antworten. (Minister v. Arnim schüttelt mit dem Kopfe. Große Heiterkeit.) Dr. Hahn könnte in landwirtschaftlichen Dingen viel von Herrn Wamböck lernen. Dr. Hahn hat heute dem Zentrum viel liebwürdige Worte gesendet. Ob er damit seinen Zweck erreichen wird, ist doch zweifelhaft. Die ganze Politik des Bundes der Landwirte läuft darauf hinaus, Sonderrechte zu erlangen. (Beifall links.)

Hg. Meyer-Rottmannsdorf (konf.)

Dr. Crüger nennt den Großgrundbesitzer futuristisch. Ich bin auch Großgrundbesitzer, aber für einen solchen merkwürdigen Titel habe ich mich noch nicht gehalten. Vom Herrn Träger gilt offenbar: Anders als sonst in Menschenfragen, malt sich in diesem Kopf die Welt. Dr. Crüger hätte keine Folie mit gegen uns ebrlicher führen sollen. (Sehr richtig! rechts.)

Hg. Dr. Friedberg (N.)

erwidert dem Hg. Dr. Hahn. Wie kann Dr. Hahn uns vorwerfen, daß einige von uns Neigung zur Verdrüderung mit der Sozialdemokratie hätten? Derselbe Dr. Hahn, der in Hannover mit den Welfen patiert! Dr. Hahn geriet sich als den Erben Bismarcks. Wie konnte er da 1893 in die nationalliberale Partei eintraten, nachdem Bismarck sie schon 1879 zum Schugoll befehrt hätte? Ist das ehrlich? (Zuruf links: Armer Hahn!) Wir ändern nicht alle so schnell unsere Meinung. Dr. Hahn meint, wir wollten eine großstädtliche Reichsfinanzreform. Kann es eine kapitalistischere Finanzreform geben, als die jüngst? Zu meinem Bedauern begleitet die Rede die Reden des Dr. Hahn, auch seine antijuristischen Stellen, mit freudigem Beifall. Wenn Sie (nach rechts) antijuristisch sein wollen, dann schlagen Sie sich einmal in Ihren Stammbüchern nach. (Heiterkeit links.) Die konservativ Partei sollte nicht solche Redner vordringen, wie Dr. Hahn, sonst leidet ihr Prestige im Lande. Das wäre auch uns nicht gleichgültig. Auch wir legen Wert auf eine vornehme konservativ Partei. Was sollten sie sich gegen uns lassen. (Stimmlicher Beifall links.)

Hg. Dr. Hahn (konf.)

Die Sorge um die Vornehmheit der konservativen Partei wird die Partei ganz gewiß nicht den Nationalliberalen und insbesondere nicht dem Hg. Friedberg überlassen. Nicht ich habe prozessiert, sondern die Partei, und zwar gegenwärtig, die von der nationalliberalen Partei, vom Bauernbund, vom Handelsbund gegen die Konservativen und den Bund der Landwirte im Lande geschlossen worden sind. Um keine irrtümliche Meinung aufkommen zu lassen, wiederhole ich, daß ich nur die ungeschickte Handhabung der Aufsicht des Gen darmen bemängelt habe. Der Gen darmen sollte auch einen betrunknen Mann nicht entlassen, der beim Kaiserhof sitzen gesehen war. Beim Justizrat komme ich darauf zurück. Es ist unklar, daß ich mich mit den Welfen verbündet habe. Bringen Sie mir die Beweise. Man wirft uns ein Bündnis mit dem Zentrum vor. Ein Bündnis zwischen christlich-österreichisch und christlich-fatholisch ist durchaus nicht unumtölich. (Hört! Hört!) Wenn die Nationalliberalen die Herren Herr v. Hehl und Graf Oriola wieder aufnehmen und die baltischen Parteien zusammenschließen, werden wir ihnen wieder mit ihnen zusammengehen. Den Nationalliberalen wird ihre Stellung bei der Reichsfinanzreform noch einmal leid tun. Dr. Friedberg ist nicht der Generalstabler der nationalen Bewegung. Das Großkapital ist bei der Steuerreform gefahrt worden. (Leb. Beifall rechts, Gelächter links.)

Die Besprechung schließt.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Hg. Dr. Friedberg (Nk.)

bebauert, daß sich durch den Schluß der Debatte die sofortige Entgegnung auf Dr. Hahns Angriffe unmöglich sei. Dr. Hahn sei leider einmal und seine Gegner nur zweimal zum Wort gekommen.

Hg. Dr. Crüger-Dagen (fri. Sp.)

lehnt es ab, daß er Dr. Hahns Reden durch Angriffe auf Herr. von Wamböck prozessiert habe.

Hg. Dr. Schwabach (N.)

hält seine im littualischen Wahlkampf getanen Äußerungen voll aufrecht.

Der Titel Ministerwahl wird bewilligt. Das Haus verlag die Abberaterung auf Freitag, 11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Generaloberst Freiherr von der Goltz.

der aus der Türkei zurückgekehrt ist, empfangt einen Mitarbeiter des R. A. L. und äußerte sich diesem gegenüber bezüglich der Gerichte über Unvollkommenheiten türkischer türkischer und deutscher Offiziere, daß sie zwar bereits mehrfach bemerkt worden seien, er aber pern die Gelegenheit wahrnehme, zu betonen, daß auch nicht das Geringste an diesen Verlaubarungen zutrefte. Er habe bis zum 12. D. den Mandern angewohnt und es sei ihm eine Freude gewesen, Zeuge des herzlichen Einvernehmens zu sein, das zwischen den Offizieren beider Nationen bestanden habe. Gerade was General Goltz betrifft, so zählte dieser zu den beliebtesten Instruktoren, und seinem Scheiden aus der türkischen Armee werde schon jetzt mit lebhaftem Bedauern entgegengesehen.

Was die politischen Verhältnisse betreffe, so könne nicht geleugnet werden, daß noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber er habe das feste Vertrauen, daß, seitdem M a h m u d S e f e t t als Kriegsminister an der Spitze der Armee stehe und der Regierung als Mitglied des Kabinetts haften angehöre, man dieser Schwierigkeiten Herr werden wird.

Vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrer gestrigen Ubenaußgabe:

Das Befinden des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Fürstlichen Geheimen Rats v. Loebell, der im Sommer des vorigen Jahres alsdann nach dem Eintritt seines Amtes schwer erkrankte, hat sich nach sechsmonatiger Ruhe und Aufgehnt vollständig wieder hergestellt, läßt aber einen absehbarer Termin für die Wiedererlangung der nötigen Dienstfähigkeit nicht bestimmen. Unter diesen Umständen hat Herr v. Loebell sich im Dezember veranlaßt gesehen, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu erbitten. Von einer ihm vom Minister des Innern angedehnten nochmaligen Verlängerung seines Urlaubs hat Herr v. Loebell abgesehen, Abhand nehmen zu wollen, da das wichtige Amt des Oberpräsidenten von Brandenburg und Berlin eine noch längere, Katalog u n t u r l i c h e r e s h e n e n und der Zeitpunkt der nötigen Wiederherstellung sich noch gar nicht bestimmen lasse.

Wie die „Allg. Ztg.“ erzählt, wird in der Frage der Wiederbesetzung des Oberpräsidiums demnächst die künftige Entscheidung eingeholt werden. Ezzellen v. Loebell verdamt Säden zu begeben. Er behält seinen Wohnsitz in Berlin.

Ueber den Inhalt der Gewerbeordnungs-novelle.

die dem Reichstag im nächsten Monat zugehen wird, schreibt man der „Allg. Ztg.“:

Es wird zunächst eine Abänderung der geltenden Bestimmungen über die Ausstellung von Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter vorgeschlagen, in dem die Vorrichtung des Handelsgelehrten in die Gewerbeordnung übernommen wird, wonach das Zeugnis, im Falle der Kündigung von dieser an, verlangt werden kann. Ferner soll nach den Vorschlägen des Beirats für Arbeiter-Kantität im Interesse des Schutzes der Arbeiter gegen Unfairheiten im Arbeitsverhältnisse durch die Aufnahme zu einem Arbeitsbuch umgestaltet werden. Daneben wird das Lohnzahlungsbuch für jugendliche Arbeiter aufgehoben. Weiterhin regelt die Novelle die Verpflichtung jugendlicher Arbeiterinnen zum Besuch einer Fortbildungsschule, indem sie auch die jugendlichen Arbeiterinnen dem Fortbildungsschulwesen unterstellt, falls ein solcher durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde erlassen ist. Daneben wird bestimmt, daß der Stundenplan der obligatorischen Fortbildungsschulen von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festzusetzen ist. Im Vertriebe gewisser gewerblichen Anlagen hat es sich als ein Bedürfnis herausgestellt, daß Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Interesse ihrer Gesundheit vom Bundesrat nicht erlassen werden können. Zur Befolgung der Schutzvorschriften mit Hilfe der im 1877 vorgegebenen geschlichen Strafen wird deswegen vorgeschlagen, daß durch Beschluß des Bundesrats auch Bestimmungen über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe erlassen werden können. Schließlich werden die Befugnisse zur Begrenzung der täglichen Arbeitszeit in Betrieben, in denen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit gefährdet wird, die bisher lediglich dem Bundesrat zustanden, auch den zuständigen Polizeibehörden auf dem Wege der Einzelverordnung übertragen.

Die Ueberschüsse der preussischen kantlichen Bergwerke.

Hütten und Selinen sind in den letzten Jahren merkwürdig zurückgegangen. Sie betragen im Jahre 1899 bei einer Belegschaft von 69 883 Mann 37,3 Mill. M., und 10 Jahre später im Jahre 1908 bei einer Belegschaft von 96 845 Mann 10,1 Mill. M. Im Jahre 1900 hatte sie mit 47,1 Mill. M. bei einer Belegschaft von 72 727 Mann die höchste Höhe während des letzten Jahrzehntes erreicht. Der Rückgang ist in erster Linie zurückzuführen auf die hohen Aufwendungen, welche für die noch nicht abgeschlossene Entwidlung der neuen westfälischen Werke und die Anlagungen in Oberschlesien und im Saarbezirk notwendig sind.

Bei den Steinkohlenbergwerken haben die Vollenwässer der letzten Jahre, sowie die auf mehreren tiefen Gruben des Saarbezirks und Westfalens in neuerer Zeit erfolgten Gasausströmungen zu einer Verdrüpfung der Sicherheitsmaßnahmen genötigt. Diese hat die Arbeitsleistung beeinträchtigt. Seitdem der Rückgang der Konjunktur eingeleitet hat, müssen die Aus- und Vorrichtungsarbeiten wieder in größerem Umfange betrieben werden, wodurch naturgemäß die eigentliche Kohlengewinnung beeinträchtigt wird. Bei den Erzbergwerken und Steinkohlenwerken ist der Rückgang der Erträge in erster Linie auf das Sinken der Metallpreise zurückzuführen. Die Ergebnisse der Kalkulationswerke sind hauptsächlich durch die Verringerung des Anteils der Staatswerke am Absatz des Raffinierprodukts beeinträchtigt. Ferner sind die Selbstkosten fast sämtlicher Staatswerke dadurch in erheblichem Maße beeinflusst worden, daß infolge der Hochkonjunktur der Jahre 1906 und 1907 fast alle Materialien im Preise erheblich gestiegen sind und daß, um der teurer gewordenen Lebenshaltung der Arbeiter Rechnung zu tragen, Löhnerhöhungen vorgenommen werden mußten. Auch die Steuern befallen den Staatsbergbau bauern in keinem Maße, sie haben sich allein im Saarbezirk seit 1900 um 1,1 Mill. auf 1,9 Mill. M. erhöht. Infolge aller dieser Umstände sind die Ausgaben der Staatswerke in der letzten Periode in höherem Maße angewachsen, als die Einnahmen, obwohl auch letztere neuerdings infolge der Steigerung der Steinkohlenpreise, eine beträchtliche Erhöhung erfahren haben.

Parlamentarisches.

Der Fadelzug in Lüderichbucht.

Die Budgetkommission des Reichstages letzte gestern ihre Beratungen über den Kolonialetat fort, und zwar beim Spielatet für Südwestafrika. Bei den fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats gibt der Reserveetat S e m e l e r seinem Bestreben Ausdruck über den F a d e l z u g , den nach Bekanntwerden der letzten Vorgänge in der Budgetkommission der Gouverneur in Lüderichbucht schließl. mit dem dortigen Bürgermeister eingeeinigt worden habe. Bei solchen Verhandlungen müsse das Vertrauensverhältnis verloren gehen. Es hätte sich konvenieren in der Kolonie sein, der gegen den Staatsfiskus ausgespielt werden könne. Man könne die Kolonie nicht wie ein kommerzielles Rittergut verwalten. — Staatssekretär D e r n b u r g : Er habe gelesen, daß infolge der zweiten Ablehnung der Petition ein Fadelzug vor sich gegangen sei. Er wisse nichts weiter. Aber daß nach der Stellung der Regierung und des Reichstages der Gouverneur sich zu einer Demonstration hergegeben habe, glaube er nicht. Man solle erst die richtigen Nachrichten abwarten, ehe man urteile. Korrespondent Stoll (Wolken) weist auf den Schlußsatz der Depesche hin, die ein Einverständnis des Gouverneurs mit den Lüderichbucht zu erweilen könne. Hg. v. Debes (Soz.) verlangt auch für die Lüderichbucht den Recht auf Straßensubventionen. Der Gouverneur läßt überhört nicht veranwortlich sein. Der Gouverneur habe manchen Jagd abgeschritten, habe aber anscheinend schon früher zu sich unter dem Einfluß der Stimmung der Bürger der Kolonie gehalten.

Entsendung einer amerikanischen Zollkommission nach Deutschland.

Wie verlautet, beschäftigt die amerikanische Regierung, eine besondere Kommission zur Besprechung der Zolltarifffrage nach Berlin zu entsenden. Diese Mission soll der deutschen Regierung bereits am Sonnabend mitgeteilt worden sein. Man nimmt an, daß es ihre Aufgabe ist, den Präsidenten in bestimmter Weise darüber zu informieren, ob eine ungebührliche Differenzierung Americas in Deutschland tatsächlich besteht oder nicht.

Der Washingtoner Korrespondent des 'Newport Herald' meldet, daß die Regierung sich entschlossen habe, von ihren bisherigen Forderungen in der Zollfrage abzugeben.

Infolge der Schuldebatte

in der französischen Kammer stimmte die Regierung einer Tagesordnung zu, die folgenden Wortlaut hatte:

Die Kammer vertritt auf die Regierung, daß sie die Gattenschule und ihre Lehrerschaft verteidigen wird, und ist entschlossen, die Gesetzesvorlagen zur Verteidigung der Schule nach vor dem Schluß der Tagung zu erörtern.

Der erste Teil dieser Tagesordnung, der das Vertrauen zur Regierung auspricht, wird mit 395 Stimmen, der zweite Teil mit 421 Stimmen, die gesamte Tagesordnung mit 485 gegen 137 Stimmen angenommen.

Ein Feldzug gegen die Truisten.

Sensation erregten in Newport Meldungen aus Washington, monach Taft, veranlaßt durch die Forderung, auf das bestimmte erklärt habe, einen großen Feldzug gegen die Truist und Monopolherrschaft zu beginnen. Er warte nur die Entscheidung des Supreme Court ab in den schwebenden Prozessen gegen den Tabakbesitzer, Cetrault. Eventuell soll die Beamtenhaft bei den Justizdepartements hart durchgesetzt werden.

Kleine Tagesnachrichten.

Was Marzoff zahlen muß. Ueber die von der Entschädigungskommission in Casablanca bemittelten Summen wird jetzt folgendes bekannt: Eingekürzt worden wegen der letzten Unruhen im ganzen 8500 Entschädigungsforderungen im Betrage von 26 473 366 Francs. Bewilligt wurden 13 069 642 Francs. Deutscherseits gebordert 2 469 491 Francs, bewilligt 1 297 592; spanischerseits gebordert 4 650 193, bewilligt 2 538 106; französischerseits gebordert 4 801 789, bewilligt 1 877 854; englischerseits gebordert 2 135 038, bewilligt 1 748 937.

Die Eröffnung der französischen Kunst-Ausstellung.

Gestern mittag um 12 Uhr wurde, wie wir bereits telegraphisch melden konnten, in der königlichen Akademie der Künste zu Berlin die Ausstellung von Werken französischer Kunst des 18. Jahrhunderts eröffnet. In der Eingangshalle, die ein vom französischen Staat geliehener Saal (Kronung der Wäpche" nach von Klattenberg) schmückt, verammelten sich die Geladenen, u. a. der Reichskanzler, Staatssekretär Frhr. v. Schoen, Minister v. Breitenbach, Frhr. v. Rheinbaben, Sadow, Minister D. Stubb, Bürgermeister Heide, Professoren der Akademie und der Universität, Künstler, deutsche und französische Kunstfreunde, zum Teil mit ihren Damen, Professor Seidel, Vizepräsident des Reichstages Kronprinz und Vizepräsident d. H. d. Wg. Dr. Koch. Die Kronprinzessin und Prinz August Wilhelm begaben sich in den zweiten Raum, wo Hofkammer Cambrun, die Herren der französischen Botschaft und die Herren des französischen Komitees (Prinz August d'Orleans, Hr. Bonnat u. v.) sich eingefunden hatten.

der Kaiser,

der den Uebertritt der Breslauer Kürassiere mit dem Stahlhelm trug, die Kaiserin in einem formlichen Umarmen, Küssen und Begrüßungen. Die Kaiserin wurde vom Kultusminister von Trost zu Gold und Professor Artur Kampf empfangen und in die Ausstellung geleitet. Die Majestäten begrüßten zahlreiche Anwesende und begaben sich in der zweiten Saal, wo die Herren des französischen Komitees durch Professor Kampf dem Kaiser, durch Hofkammer Cambrun der Kaiserin vorgestellt wurden. Beide Majestäten unterließen sich mit jedem der Herren. Hierauf dankte Professor Kampf mit kurzen Worten den Majestäten für ihr Erscheinen. Graf von Sodenorff gedachte in einer Rede in französischer Sprache der glücklichen Idee dieser Ausstellung, der Verdienste Cambruns und des französischen Komitees um sie, der großen Zahl der eingeladenen Kunstfreunde, der Bereitwilligkeit des französischen Staates, des französischen Institutes und Privaten, des schönen Beispiels des Kaisers, dem die deutschen Fürsten gefolgt seien, und dankte Frankreich, dem Kaiser und allen anderen Kunstfreunden für ihre Mitarbeit. Der Kaiser erklärte hiernach auf französisch die Ausstellung für eröffnet. Es folgte ein ausgebreiteter Rundgang der Majestäten und der geladenen Herrschaften durch die Ausstellung, wobei die Werke Bouffers, Watteaus, Chardins, Greuzes, die Gemälde, Pastellen, Gobelins, Zeichnungen, die Museen Deutschlands und Frankreichs, der Kaiser, die deutschen Fürsten, der französische Staat und viele Private eingeladen haben, in ihrer Ueberaus glücklichen Auffassung zum erstenmal im Zusammenhang gewürdigt werden konnten. Das Kaiserpaar verweilte über 2 Stunden in der Ausstellung.

Am 14 Uhr erließen der Sohn des Staatssekretärs v. Schoen und überreichte dem Herrn Bonnat, dem Vizepräsidenten der Pariser Academie des Beaux-Arts, den Votum d'honneur. Die Kaiserin mit dem Herrn Grafen Simeone andere Persönlichkeiten wurden mit Auszeichnung aufgenommen. So ließ der Kaiser als Andenken an die Eröffnung der französischen Ausstellung einen Teil der Mitglieder seine Büste, dem andern eine in Bronze gegossene Souvenirplatte mit seinem Bildnis und dem Datum des gefrigen Tages überreichen.

Kaisergeburtstagsfeier.

Die königliche Hofkapelle 10tägiger Privat-Mädchenschule veranstaltete gefällige, Montag, in den 'Palasthallen' eine Vorfeier zu Ehren des Geburtstages des Kaisers, an der viele Eltern der zahlreichen Schülerinnen und Freunde der Schule mit Freude und Interesse teilnahmen. Ein wohlgestelltes Programm gab der Sanges Gelegenheit, ihre Verehrung für den Kaiser und ihr Bestreben für das segensvolle Wirken der Hohenzollern zum Ausdruck zu bringen.

Der Divisionspfeifer Schneider legte in einer in haltenden Rede dar, wie sich Preußen unter den Hohenzollern aus kleinem Anfang zu einem mächtigen Staat entwickelt hat, und wie die Einigung Deutschlands ihr Werk gekrönt. Ein Hoch auf den Kaiser und der Gelang, 'Heil dir im Siegertranz' schloß sich seiner Rede an. Darauf folgten Deklamationen der Schülerinnen mit anmutigem Reigen und Gesang. Ein kleines Festspiel der oberen Klassen: 'Friedensgruß aus Afrika' lenkte die Aufmerksamkeit auf die treuen Deutschen in den Kolonien und ihre mühselige Arbeit.

Nach der Feier folgte eine Stunde gefälligen Beisammenseins von Eltern, Schülerinnen und Freunden der Schule.

Der Verband mittlerer Reichs-Polst- und Telegraphen-Beamten hier hält am Donnerstag 8 1/2 Uhr im 'Schultheiß', Poststraße, eine Kaisers-Geburtstagsfeier ab.

Der Eisenhammer in Halle feiert am 28. und 31. Januar d. J., abends 8 Uhr, in dem zu diesem Zwecke besonders festlich geschmückten Saale des 'Wintergartens' Kaisers-Geburtstag in hergebrachter Weise. Der Eintritt für die Mitglieder des Vereins ist nur gegen Vorzeigung der Festordnung, die von den Vertrauensmännern entnommen werden können, gestattet.

Ein schweres Unglück.

ereignete sich gestern nachmittag in der fünften Stunde beim Kanalbau vor 'Rab Wittkind'.

Dort wird zurzeit der Kanal gebaut, an dem eine größere Anzahl Leute arbeiten. Um den Schacht in den Felsen einzutreiben, hat man seine Zufahrt zu Sprengschüssen nehmen müssen. Kurz vor Feierabend verlagte gestern früh ein Schuß. Der Schachtmesser namens Aue, ein in langen Jahren bewährter Mann, und der Arbeiter Dito machten sich daran, den Verlager herauszubohren. Da ereignete sich die Katastrophe: der Schuß frauchte, Steine und Erde flogen empor und trafen mit furchtbarer Gewalt die beiden Unglücklichen, die an dem Bohrloch hantierten. Namentlich der 53jährige Schachtmesser ist größtenteils gerichtet. Von der Kopfhaube sind ihm große Fetzen bis auf den Schädelhaken weggerissen. Der Schädel selbst ist verlegt, die Augen schwer in Mitleidenhaft gequollen, jedoch sie wohl heile werden können. Dazu hat der Verletzte innere Verletzungen in der Brust erlitten, weiter lind ihm an einer Hand mehrere Finger verkrüppelt. Schwere, aber doch nicht lebensgefährlich ist der Arbeiter Dito verundet; an den Augen und am Kopf.

Beide Verunglückte wurden ins Diaconissenhaus überführt.

Landwirtschaftskammer.

(Fortsetzung.) In der Etatsberatung werden die Vorschläge für die Nebenstats im Sinne des Voranages genehmigt. Aus der Verammlung wird zum Punkt 'Praktische Landwirtschaft im Heere' die Frage gestellt, ob sich die Einrichtung bewähre. Darauf wird erwiedert, daß 1700 Soldaten in verschiedenen Garnisonen sich für landwirtschaftliche Stunden gemeldet haben. Es ist viel an dem Wohlgeschick der Lehrer gelegen, den Unterricht interessant und anziehend zu gestalten. Der Erfolg soll dahin führen, daß das neue Leben in der Stadt, die Landbewohner nicht abhilt, wieder zur Feldarbeit zurückzuführen. Der angelegte Betrag - 2000 Mark - war bisher in dieser Weise gut angelegt.

Weiter wird aus der Verammlung Berührung des gegenwärtigen Standes der Jagdinspektoren und Mittelfeldhaltung für Landesrodung auf Angehörigen genehmigt.

Der Vorschlag, nicht nur in Wittenberg, sondern auch in Gembin Kontrollbeamten an der landwirtschaftlichen Schule auszubilden, wird ebenso wie der Antrag einzelner Kreise der Provinz, wozu Erziehung einer genossenschaftlichen Jagelversicherung abgelehnt.

Sein Kapitel.

'Arbeiterwesen' ergreift Direktor Dr. Raabe zu folgenden Ausführungen das Wort. Um den Schwierigkeiten zu begegnen, die beim Aktus für den Arbeitsnachweis erforderlich sind, sollen diese zu finden sind, wird der Vorschlag gemacht, da die derzeitige Geschäftsstelle am Riechplatz zum 1. April geräumt werden muß, ein Grundstück zu erwerben. Vor kurzem wurde ein Haus, das in der Wadegburgerstraße, also dicht beim Bahnhof liegt, und große Hofräume enthält, zum Kauf angeboten. Der beantragte Kaufpreis ist von 280 000 M. auf 260 000 M. bereits herabgesetzt worden. Sollte die Finanzverwaltung dieser vom Vorstände zugewiesenen Überzuthun, so will man aus der Kasse der Abteilung 'Arbeiterwesen' 70 000 M. aus dem Vermögen der Kammer 90 000 M. nehmen und als Hypothek 100 000 M. aufbringen, insgesamt 260 000 M. Da nur wenige Mitglieder das in Frage kommende Objekt kennen, wurde in einer Resolution beschließen, den Vorstand zu ermächtigen, ein dem Bedürfnis entsprechendes Grundstück, bei dem Antropeller nominierteren Versteigerung zu kaufen und darüber bei der nächsten Verammlung Bericht vorzulegen.

Hierauf erfolgte in vertraulicher Sitzung die Gehaltsregulierungfrage der Beamten. Die Ausgaben für 1910 voranschlägt der Vorstand mit 1,855,777 Mark.

Die Bilanz weist 1 620 467 M. Aktiva und 675 678 M. Passiva auf. Es ergibt sich somit ein Ueberfluß von 1 944 789 M. Die Finanzverwaltung beschließt ferner, den Minister für Landwirtschaft zu bitten, über die in den Etat für das Rechnungsjahr 1910 eingestellten

Staatsbeiträgen hinaus bewilligen zu wollen: 1. Zur Förderung des Wanderverkehrs 30 000 M.; 2. zur Förderung der Verbeugung, insbesondere zur Unterhaltung bedürftiger Arbeiter 3000 M.; 3. zur Prämierung von Fiebern 1000 M.; 4. zur Einrichtung und Beschaffung

Mehrere Titel werden bewilligt, wobei wird nochmals auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Truppenzahl herabzusetzen und den Sicherheitsdienst mehr und mehr in die Hände der Polizei zu legen. Das Kapitel, das die Ausgaben für die Militärverwaltung enthält, wird in die Hände der Militärverwaltung übergeben. Dabei wird der große Verordnungsapparat bemängelt. Staatssekretär Dernburg äußert: Bei jeder Kompagne müßte ein Unteroffizier sein, denn die liegen sämtlich inaktiv. Bei den hohen Geldsummen müßte starke Geldverwaltung sein; auch müssen große Magazine für die Reservisten gehalten werden, denn so schnell müßte man in Ernstfälle nichts zu schaffen. Er habe noch 500 000 Paar Strümpfe und 300 000 Unterhosen aus dem Jahre 1904 zu verkaufen, weil damals bei dem Mangel an Wagnern drei- und viermal bestellt worden sei. Für ein Wagnern verlangt ein Zur 45 000 M., weil angeblich ein Wagnern, dem es abgenommen wurde, bis zum Feldzuge unbrauchbar gewesen sei. So etwas löste Projekte, die ohne für Ordnung nicht einsehen, wenn hier abgegriffen würde. Das Ordinarium wird genehmigt.

Schule.

Zur Revision des preussischen Schuldisziplinargesetzes.

Zu der vom preussischen Lehrerverein an das Staatsministerium gerichteten Eingabe um Revision des preussischen Disziplinargesetzes vom Jahre 1882 wird offiziös geantwortet:

Daß den Wünschen der Lehrerschaft auf Erlaß eines neuen nur für sie geltenden Disziplinargesetzes Rechnung getragen wird, ist nicht anzunehmen. Denn das Gesetz vom 21. Juli 1882 findet Anwendung auf alle in unmittelbarem oder mittelbarem Staatsdienste stehenden Beamten, die nicht unter die Bestimmungen des die Richter betreffenden Gesetzes vom Jahre 1851 fallen. Es liegt nun aber kein Anlaß vor, für einzelne dieser Beamtenkategorien, auf die sich das geltende Gesetz bezieht, Sonderbestimmungen in Bezug auf das Disziplinarverfahren zu erlassen. Mithin kann auf das Neueregeln der Disziplinarbestimmungen für Lehrer nur dann in Frage kommen, wenn eine Umgestaltung des Gesetzes betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten für notwendig erachtet wird. Daß aber diese Notwendigkeit von der Regierung einseitig nicht anerkannt wird, ist wiederholt von zuständiger Seite erklärt worden.

Die hauptsächlichsten von den Lehrern gewünschte Änderung der geltenden Bestimmungen besteht sich auf die Konstruktion der Disziplinarbehörden, wobei eine ähnliche Regelung in Vorschlag gebracht wird, wie sie für Reichsbeamte besteht. Die entscheidende Disziplinarbehörde in Preußen ist bekanntlich der Disziplinarhof für Beamte, welche vom König oder den Ministern ernannt oder befristet werden. Gegen die Entscheidung des Disziplinarhofes steht nur die Berufung an das Staatsministerium offen. Für Reichsbeamte sind die entscheidende Disziplinarbehörde die Disziplinarämtern, und als Berufungsinanz der Disziplinarhof in Leipzig, der aus 11 Mitgliedern besteht, von denen wenigstens vier zu den Wohlwärtigsten zum Bundesrat, der Präsident und wenigstens fünf zu den Mitgliedern des Reichsgerichts gehören müssen.

Kleine politische Nachrichten.

Demetri. Die Blättermeldung, daß die Berliner amerikanische Botschaft bei dem deutschen Auswärtigen Amt wegen des Entwurfs eines § 11g des Strafgesetzbuches und letzteres Antwort habe, daß durch den Entwurf mehrerer Rechte verletzt worden seien, ist, wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, in allen Teilen erfinden.

Zur Frage der Schiffahrtsgesetze wird aus Mannheim gemeldet: Die badischen Groß-Flotparteien, die Nationalliberalen, die Freimünnigen, die Demokraten und die Sozialdemokraten, haben in der Kammer einen Antrag eingebracht, worin die badische Regierung aufgefordert wird, in bundesfreundlichem Zusammenwirken mit Badenberg ein Einverständniss in der Schiffahrtsgesetzgebung anzustreben und die Frage der Seefahrtanstellung einer möglichst baldigen Lösung entgegen zu führen. Vor einigen Tagen hatte der Demokrat Vogel in der gleichen Angelegenheit interpelliert, aber vom Staatsminister v. Zisch eine ausweichende Antwort erhalten. Die Regierung wird sich jetzt beizufügen erklären müssen.

Die Wertzuwachssteuer in Baden.

Den badischen Landständen ist ein Gesetzentwurf betr. die Abänderung der badischen Gemeinde- und Städteordnung zugegangen. Ein besonders wichtiger Teil der Vorlage betrifft die Wertzuwachssteuer, die von bebauten und unbebauten Grundflächen erhoben wird, wenn sich bei der Veräußerung ein Wertzuwachs ergebe. Sie wird nicht erhoben, wenn von der Erwerbung bis zur weiteren Veräußerung mehr als sechs Monate verfloßen sind und der Wertzuwachs bei unbebauten Grundflächen weniger als 5 v. H., bei bebauten weniger als 10 v. H. des Erwerbspreises beträgt.

Ein sonderbare Nachricht

kommt dem 'S. Z.' aus Petersburg: Das 'Königliche Wremien' berichtet über angelegte Ereignisse des Herrn v. Dymowski in Berlin. Danach hat bei Dymowski in seinem Berliner Hotel ein früheres Parlamentsmitglied erschienen und habe ihm 400 000 Mark Wertung angeboten, falls die Selbstmord öffentlich begelget werde. Diese Summe sei Dymowski unter der Bedingung, daß sie für russische Wäpnen und Waffen verwendet werden solle, zur Verfügung gestellt worden. Dymowski habe jedoch des Anbuhnen abgelehnt. - Diese Geschichte ist nicht recht wahrscheinlich. In Rußland wäre sie möglich, in Deutschland n. d. m. benudet man nicht dertartig trumme Wege an, zumal wenn man das Recht für sich hat.

Sch. Kommerzienrat C. S. Wolf

in Stuttgart, der Generaldirektor des Allgemeinen Deutschen Versicherungsvereins in Stuttgart, ist plötzlich gestorben. Besonders verdient gemacht hat sich der Verstorbenen auf dem Gebiete der Haftpflicht- und Unfallversicherung.

Sof. und Personalnachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen gestern eine Ausfahrt. Der Kaiser besuchte nachher das Auswärtige Amt. - Der Reichskanzler gibt am nächsten Donnerstag ein Dinner, zu dem die Berliner Diplomaten und die Räte des Auswärtigen Amtes geladen sind.

Die Stiftung König Leopolds.

Coburg, 21. Jan. Mit Bezug auf die Niederfüllbacher Stiftung (von König Leopold von Belgien) gab gestern der Oberbürgermeister in der Stadtorde-nungsversammlung eine Erklärung ab, in der es heißt:
Es kann aber darauf hingewiesen werden, daß die Stiftung nach deutschen Recht erloschen ist und auf diese die Grundbesitz des Bürgerlichen Geschlechts Anwendung finden, materiell begründet durch das Gut und nicht unbedeutenden Landbesitz in Niederfüllbach und Banern. Wir werden, wenn sich auch die eine oder andere Sache ändert, immer zu der Annahme berechtigt sein dürfen, daß der Ausgang für uns ein durchaus zufriedenstellender sein wird.

(C. Eisenburg, 24. Jan. (Bonreiligstem Wahlnin) wurde ein Fabriklerling besallen. Der Unglückliche, der zuerst in polizeiliches Sühn genommen wurde, kam später ins Krankenhaus.

Jena, 24. Jan. (Studentenbuch) Zur Schaffung eines Studentenbuchs, das zu 100jährigen Jubelstagen der Väterzeitung erscheinen soll, fordert der akademisch-literarische Verein in Berlin auf. Das Jahr 1913, so führt der Aufruf aus, fordert dazu auf, das Streben der heutigen Studentenchaft mit dem jener Kampf-generation von 1813 zu vergleichen. Die Beiträge sollen sich nicht auf die übliche Wein-, Weiß- und Gelangsticht beschränken, etwa in Verbindung mit Skizzen und Novellen, sondern es sind besonders auch Beiträge über die soziale und organisierte Betätigung der Studenten erwünscht, damit das Buch durch seine Beteiligte ein wirklich wertvolles Dokument studentischen Lebens werde.

S. Jena, 24. Jan. (Mitteliengellschaft 'Hotel zur Sonne') Es besteht der Plan, das absteckende Jenaer 'Hotel zur Sonne' in eine Mitteliengellschaft und durch bauliche Veränderungen zu einem mit allem modernen Komfort ausgestattetem großen Hotel auszugestatten.

(Wahren, 25. Jan. (Rom Zug überfahren.) Heute morgen gegen 1/7 Uhr wurde ein Mißwagen von dem Zuge Nr. 487 überfahren. Ein Hund, der auf dem Wagen saß, wurde getötet und der Wagen stark beschädigt. Der Wagenführer blieb unversehrt.

Leipzig, 24. Jan. (In der Alpenhütte eingeschlossen.) Die, wie gemeldet, auf einer Sporttour in der Schweiz vermißten Touristen Augustin Walth, Spöhr aus Leipzig und der vierjährige Student Geri Kollau aus Albstadt sind nach einem bei Leipzig Verwandten Spöhrs eingegangenen Telegramm in einer Klübbüh bei Zürich lebend aufgefunden worden. Die Hütte ist aber von einer 5 Meter hohen Schneedecke umgeben, so daß das Herausgraben sehr schwierig ist.

(?) Leipzig, 25. Jan. (Der Unfall im Neuen Rathaus) stellt sich als unwahr heraus. Es ist die Gründung eines ehemaligen Schlossers, der sich mit diesem fingierten Unfall eine Unfallrente ergattern wollte.

Vermischtes.

Paris in Wassersnot.

Letzten Nachrichten zufolge wurde in der schwer heimgejudeten Hauptstadt Frankreichs der Verkehr auf der Untergrundbahnlinie, die durch das Zentrum der Stadt geht und die Börse sowie das Opernhaus paßiert, eingestellt. Bei der Aufrichter-Brücke im Osten der Stadt erreicht das Wasser mehr als 2 Meter Höhe über den Gleisen. Die Dynamos, die Weichen und die ganze funktio-nelle, durch Elektrizität getriebene Weichenanlage des Bahnhofes am Quai d'Orsay sind vernichtet. Ebenso auch der elegante Fußweg, der das Gepäck von dem Gepäckraum direkt auf den Bahnhof befördert. Die Pariser Stadtverwaltung hatte erst in letzter Stunde Verhütung gemacht, die Zufuhrungen, durch welche die unter dem Strömungsbeu und getragenen Leitungen und Invaliden-Bahnlinie sowie die Souverains des Ministeriums des Kaufens am Quai d'Orsay mit der Seine in Verbindung stehen, mittels Plankenüberstellungen und aufgehängten Zementtäden zu verbarrieren. Die Maßnahme war jedoch zu spät getroffen und erwies sich daher als völlig ungenügend. Das Wasser

brühte die Hindernisse hinweg

und fand seinen Eingang durch die Öffnungen, die feinerzeit angelegt worden waren, um — o Ironie des Schicksals — das Abfließen des Regenwassers aus jenen Räumen in die Seine zu ermöglichen. Der elegante Orleans-Bahnhof, der modernste und jüngste von ganz Paris, gleicht einem ausgebrannten Hause; seine beiden Nebenbahnen stehen auf 11 Uhr 10 Minuten still, alle Fenster sind dunkel, keine Menschenmenge ist sichtbar. Die größte Gefahr drohte der herrlichen Alma-Bühne, die dann auch gesprengt wurde, um wenigstens zu verhüten, daß sie vom Wasser umgerissen werde und so mit ihrer Trümmer eine Art Stauwehr bilde, deren Wirkung für die oberhalb gelegenen Viertel unbedenkbar sein würde.

Der amtliche Bericht über die Erdbebenkatastrophe.

Aus Rom wird gemeldet: Die ital. Regierung veröffentlicht jedoch einen offiziellen Bericht über den Schaden und die Opfer des Erdbebens am 28. Dezember 1908. In der Stadt Messina hat die Katastrophe 7288 Menschenleben gekostet, 27 692 B i s h o f e n wurden unter den Trümmern vermozt und befreit, 325 Personen starben an den Verletzungen, die sie während der Katastrophe erlitten, 82477 Personen werden als vermißt bezeichnet. Ihre Körper ruhen noch unter den Trümmern Messinas oder sind von den Wellen hinweggespült. In der Stadt Reggio und dem zu ihr gehörigen Streifen hat die Katastrophe 7969 Opfer gefordert, in Palmi 1794, in Villa St. Giovanni 1092, in Gallico 993 und in Bellara 922 Opfer. In den übrigen kleineren Gemeinden und Dörfern beläuft sich die Gesamtzahl auf 7119. In ganzem hat also die Katastrophe 96871 Opfer gefordert.

Der Tod auf dem Wall. Von einem jähren Tode wurde der Erbe Staatsanwalt Nonnenberg in Allenstein ereilt. Dieser veranfaßte eine Wallfahrt, an der über hundert Personen teilnahmen. Der Staatsanwalt eröffnete die Heiligtümer gerade mit einer Begrüßungsrede, als er an deren Schluß plötzlich zusammenbrach. Der Staatsanwalt wurde aus der Mitte der besitzigen Gasse in ein Krankenhaus getragen, wo die anwendenden Ärzte nur noch den infolge Herzschlages eingetretenen Tod fest-

stellen konnten. Der Staatsanwalt war 57 Jahre alt und seit dem 1. Oktober 1908 als Erster Staatsanwalt in Allenstein tätig.

Letzte Nachrichten.

Ein Festmahl für die Geretteten der Zeege „Holland“.

H. Watteniseid, 25. Jan. Auf telegraphische Befehle des Kaisers wird morgen abend im Hotel „Ameingold“ für die geretteten sechs Bergleute ein Festmahl stattfinden. Die Geretteten sind jenseit wiederbereitet, daß sie an diesem teilnehmen können. Namhafte Geldbeträge laufen für sie ein.

Preisanschriften.

H. Eberfeld, 25. Jan. Die Stadtvordernernung beschloß unter den in ganz Deutschland ansässigen Architekten einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau eines Geschäftsgebäudes im Anschluß an das alte Rathaus, das zu Geschäftszwecken umgebaut wird, auszuführen. Bei diesen Entwürfen darf der Hauptgedanke nicht beeinträchtigt werden. Für 8000 Mark Preise sind ausgesetzt, und zwar ein Preis zu 3000 Mark, ein anderer zu 2000 Mark und je drei Preise zu je 1000 Mark.

Ein sozialdemokratisches Mandat für ungültig erklärt.

□ Braunschweig, 25. Jan. (Privattelegramm.) Der Braunschweigische Landtag erklärte heute nach einer Meinung der „Braunsch. N. N.“ die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage, Jäper, für ungültig. Es finden daher Neuwahlen statt.

Folgen schwere Ballonlandung.

H. Wiesbaden, 25. Jan. Drei Insassen des in Bitterfeld aufgestiegenen Ballons „Dax 3“ verließen hinter Vergrüben im Schneefeld eine Landung. Der Ballon schlug mit furchtbarer Gewalt auf. Leutnant von Parpa wurde schwer am Kopf verletzt. Sein Unterkiefer wurde zertrümmert.

Das Hochwasser in Paris.

H. Paris, 25. Jan. Heute nachmittag unternahm der Präsident der Republik in Begleitung des Reichspräsidenten eine Rundfahrt im Automobils durch die Umgegend von Paris, um die bedrohten Brücken zu besichtigen. Die Seine steigt 1 Meter 3 Zentimeter täglich, gestern stieg sie 1 Meter und 6 Zentimeter. Die Pegelhöhe am Pont Royal betrug heute vormittag 7 Meter 89 Zentimeter. Der Lazare-Bahnhof der Metropolitanbahn steht vollständig unter Wasser und droht einzuzutreten. Auf dem Boulevard de Grenelles flaut sich das Wasser und ergießt sich in die Straßen des anliegenden Stadtviertels. Bedroht ist ferner das Stadtviertel Javel. In der Umgegend des Quai d'Orsay befindet sich man Erdbeben. Das vierstöckige Haus in der Rue Traversiere mußte eilig geräumt werden, da es einzustürzen droht. Die Warenaufzüge zu den Zentralmarkthallen konnte bis jetzt noch ergreifen. Die Unterbahnlinie 3 mußte den eben erst wieder aufgenommenen Betrieb von neuem einstellen.

Zahlungsschwierigkeiten einer amerikanischen Bank.

H. Newyork, 25. Jan. Auf der Mexiko-United States-Bank-Ing.-Company erfolgte ein Ruin. Der Präsident der Bank, Ham, soll nervenleidend sein. Die Bank borgte kürzlich 2½ Millionen Dollars von der Bank of Montreal, sowie von der Nationalbank of Mexiko.

Eisenbahnunfälle wegen hohen Schnees.

□ Bern, 25. Jan. Hohen Schnees wegen ist oberhalb Biel ein Eisenbahnzug entgleist. Bei Weesen ist ein Zug festengeblieben, überall erfolgen bedeutende Verspätungen. In St. Gallen ist das Dach des Bahnhofs unter der Schneelast größtenteils eingestürzt. Touristen und Stahlfahrer werden vermißt. Rettungsschlangen sind zu ihrer Auffindung abgegangen.

Amerikanischer Flottenbesuch in chinesischen Gewässern.

H. Petersburg, 25. Jan. Aus Moskau wird gebracht, daß im Frühjahr in den chinesischen Gewässern eine ameritanische Escadre eintrifft. Der Zweck ist, die freundschaftlichen Gefühle der Vereinigten Staaten China gegenüber zu demonstrieren.

H. Mannheim, 25. Jan. Trotz des starken Regens sind die Rheinufer in hiesiger Gegend vom Hochwasser noch frei. Die Schiffsahrt wird regelmäßig betrieben. Der Rheinepaß fällt.

Unterhaltungsblatt.

Rosen-Felix, Originalroman von Walter Schmidt-Hübner (Fors.) — Wie Hohenzollern-Fürsten ihre Geburtstage feiern. Von Otto Wilken. — Auf dem Marksteinab. Gauner-geschichte von Eric Falger. (Schluß) — Der Bisherige.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Zinkmann; für Auslands, Letzte Nachrichten und Sport: Eric Falger; für das Kunstteil und die Vermischtes: F. W. Martin Feuchtwanger; für den Invalententeil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Gendel, Emdritsch in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einzigsteilich Unterhaltungsblatt.

von Jungviehweiden 1000 Mk.; 6. zur Unterstützung von Kind- und Jungviehweiden 2000 Mk.; 6. zur Förderung der Ziegenzucht 3000 Mk.; 7. zur Förderung der Rindviehzucht 500 Mk.; 8. zur Förderung der Saatzgüterproduktion, insbesondere zur Anstellung eines Saatzinspektors 3000 Mk.; 9. zur Förderung des Obsthans 1500 Mk.; zusammen 18 000 Mark.

Nach erfolgter Befehlshaltung über das Recht der Landwirtschaftsbeamten zur Befragung von Grundbesitzern und zur Schließung von Grundbesitzern in landwirtschaftlichen Angelegenheiten öffentliche Sachverständigen zu bestellen, erfolgt die Beratung über den Antrag eines Grundbesitzers zum Bau von

Geschäftsraum in Halberstadt. Auf den Antrag des Vorstehenden beschließt die Verammlung, dem Antrag eines in Halberstadt wohnenden Bauherrn, dem Grundbesitz in Größe von 334 Quadratmeter seine Zustimmung zu geben und erklärt sich mit dem Bau von entsprechenden Geschäftsräumen für die Filiale der Zentral-Anstalt in Halberstadt auf diesem Grundstück einverstanden. Sie beschließt weiterhin, die Baukosten einschließlich des Grundstücks bis zur Maximalhöhe von 150 000 Mk. zu bewilligen und genehmigt, daß die hierzu erforderlichen Mittel wie folgt beschafft werden: 100 000 Mk. aus dem Verbandsfonds der Landwirtschaftsbeamten, welche als Grundkapital eintragen sind, 50 000 Mk. aus dem Verbandsfonds der Zentral-Anstalt. Zins und Amortisation sind aus den Erträgen der Filiale der Anstalt selbst zu decken. Hieranf wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Petition des Verbandes Deutscher Bureaubeamten.

Der Verband Deutscher Bureaubeamten (Leipzig) hat Anfang Januar an Reichstag und Bundesrat eine Eingabe um Einbeziehung der Bureaubeamten in den Geltungsbereich des künftigen Arbeitsstammengesetzes gerichtet. Der Wortlaut der Petition, der eine ausführliche Begründung beizugeben ist, ist der folgende:

Einem hohen Reichstag erlaubt sich der unterzeichnete Verband Deutscher Bureaubeamten zu Leipzig die ergebenste Bitte zu unterbreiten, in den § 7 des künftigen Arbeitsstammengesetzes die Bestimmung aufzunehmen: „Als Arbeitnehmer in diesem Sinne gelten: a) die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker; die Handlungsgehilfen; die Bureauangestellten jeder Art; b) die gewerblichen Arbeiter.

Elektrisierung der Staatsbahn Magdeburg—Zerbst—Leipzig—Halle a. S.

Welder die Elektrifizierung der Staatsbahnlinie Magdeburg—Zerbst—Leipzig—Halle, insbesondere über die Teilstrecke Dessau—Bitterfeld, wird an amtlicher Stelle mitgeteilt, daß die Arbeiten zur Verwirklichung des Projekts im Frühjahr begonnen werden:

Die Vorarbeiten sind bereits in vollem Gange. In Halle ist inzwischen ein besonderes Bauamt eingerichtet, das die staatliche Oberleitung über die auszuführenden Arbeiten in Händen hat. Die 2,5 Kilometer lange Strecke Dessau—Bitterfeld ist bekanntlich nur ein kleines Glied der vom Eisenbahnliskus beauftragten Elektrifizierung der insgesamt 154 Kilometer langen Staatsbahnlinie Magdeburg—Zerbst—Leipzig—Halle, die durch das gewaltige, die Umwandlung des Betriebes verbilligende Braunkohlengelände zwischen Elbe, Mulde und Saale führt. Das den erforderlichen Strom erzeugende gewaltige elektrische Kraftwerk wird in dem kleinen wasserreichen Zerbst, unmittelbar am Westufer des ersten Magdeburger über die Wahl dieses Ortes war das Vorhandensein guter und billiger Braunkohle in dortiger Gegend. Da die Versuche mit dem einfachen Wechselstrom von hoher Spannung auf der Strecke Flanzenje—Chlsdorf ein gutes Resultat ergeben haben, wird er auch auf oben genannten Strecken zur Verwendung kommen. Der Betrieb wird durch Wechselstromlokomotiven ermöglicht, denen der Strom von 10 000 Volt Spannung durch eine Oberleitung zugeführt wird. Die Bahnhöfe von Dessau und Bitterfeld sollen zunächst als Koppelstationen dienen. Hier werden die aus den verschiedenen Richtungen mit Dampfloklokomotiven anlangenden Züge an die elektrischen Maschinen angepöppelt und wechselseitig nach Bitterfeld resp. Dessau gefahren, von wo sie wiederum mit Dampfloklokomotiven weiterbefördert werden. Die Anlagekosten einschließlich der Beschaffung sämtlicher für elektrische Lokomotiven benötigten für die Gesamtstrecke 26 Millionen Mark, für die zunächst auszurebauende Teilstrecke Dessau—Bitterfeld 2 Millionen Mark.

Aufführung des „Hiegenden Holländer“ im Stadttheater. Gestern abend ging zum ersten Male in dieser Saison R. Wagners „Hiegender Holländer“ am Stadttheater vor sehr gut besuchtem Hause in Szene. Die Titelrolle spielte als Galt Herr Anton van Roy von der Newyorker Oper. Die Erwartungen, mit denen man dem Auftreten dieses streng wagnerisch ausgebildeten Künstlerles entgegen sah, wurden nicht getäuscht. Herr van Roy verzicht auf gewaltige Ausdrucksmittel und darstellerische Fähigkeiten und konnte reichlich Beifall entgegennehmen. — Ausführlicheres in der Abendnummer. J. B. Th.

In der Monatsversammlung des Thür.-Säch. Geographischen Vereins am 1. Februar, abends 8 Uhr im „Kronprinz“, wird Dr. Georg Schmidt aus Halle einen Vortrag über die Genealogie als Hilfswissenschaft der Geschichte halten.

Der Verein ehemal. Angehöriger des 2. Reg. Säch. Infanterie-Regiments Nr. 19 (fr. 2. Reiter) feierte am 22. d. Mts. im schön decorierten Saale des Hotel Kronprinz sein 1. Stiftungsfest unter hoher Beteiligung aktiver Offiziere und Interoffiziere des Regiments, Kameraden der Buderodeiner Leipzig und Grimma, sowie der hiesigen Krieger- und Militärvereine. Das von der Singspiel-Gesellschaft Kapelle ausgeführte Konzert, sowie der Schwanz „Zu Befehl Herr Leutnant“ fanden allseitige Anerkennung. Herr Oberleutnant Beyer hielt eine zu Herzen gehende Ansprache und brachte ein Hoch auf den Landesfürsten aus. Auch der Krieger-Vaterland wurde durch Teufelssammlung gedacht. Ball hielt die zahlreichen Festteilnehmer die sich in fröhlicher Stimmung beimahnen. Unter hoher Beteiligung der auswärtigen und hiesigen Kameraden fand nach ein Frühstücken im Vereinslokal Charlottenstr. 19 statt.

Stadtbühnen und Kohlenfuhrwerk. Gestern nachmittag hatte ein städtischer fahrender Wagen der Veredlerung Linie nächst der Artillerie-Kaserne ein kleines Malheur. Auf dem Bahngelände fuhr ein mit Kohlen beladenes Eisenfuhrwerk, das trotz der Signale des Straßenbahn-Wagenführers die Gasse nicht freibiegen wollte. Der Wagen der Elektrischen fuhr auf den Fuhrwagen auf und erlitt an seiner Vorderfront Beschädigungen. Auch der Kohlenwagen hatte Spinnare und die auf die Straße gefallenen Kohlen verzerzten längere Zeit den Verkehr.

Verstüßelt. Der zweiährige Knabe der in dem Hause Schmiedstraße 21 wohnenden Witwe G. wollte gestern einen mit Milch gefüllten Topf vom Tische ziehen. Dabei ergoß sich die lebend heiße Flüssigkeit über den Körper des bedauernswerten Kindes. Der Knabe wurde sofort in ärztliche Behandlung gegeben.

Anfanglich und ergötzt hat der Fabrikar... Schöpfer sein Leben im Götze geföhrt. Er erzählte: Wir waren kräftig bei der Arbeit. Es ging aus Ende der Schicht zu. Pflösch gab's im Gestein ein verdrächtiges Knarren und Rollen...

Eine neue Portland-Cementfabrik.

Wie wir hören wurde gestern von einem Konsortium hiesiger und auswärtiger Herren eine neue Aktiengesellschaft unter der Firma P.O. H. id. u. m. n. w. r. k. e. 'Saale' Akt.-Ges. mit dem Sitz in Granau bei Halle gegründet.

Kapitalerhöhung der Waldauer Braunkohlen-Industrie-A.-G.

In der am 24. Januar in Halle stattgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates der Waldauer Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft in Waldau wurde beschlossen, der auf den 18. Februar einberufenen außerordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, das Aktienkapital um 1.224.000 Mk. auf 2.100.000 Mk. durch Ausgabe von 876.000 Mk. neuen Aktien derart zu erhöhen, dass auf je 1000 Mk. alte Aktien von 1200 Mk. zum Kurse von 175 Proz. bezogen werden kann.

Es wurde ferner beschlossen, eine 4 1/2 Proz. Anleihe von 1.200.000 Mk., mit 102 Proz. rückzahlbar, zur Ausgabe zu bringen, welche ebenfalls dem genannten Bankhause überlassen werden soll.

Eine Erhöhung der Halbzugpreise.

In der Mitgliederversammlung des Stahlwerkverbandes wurde beschlossen, die Halbzugpreise um 5 Mk. pro Tonne zu erhöhen und gleichzeitig zu den erhöhten Preisen den Verkauf des zweiten Quartals 1910 freizugeben. Ueber eine Erhöhung des Preisniveaus für die nächsten Versammlung im Februar d. J. beschlossen werden.

Zündholzsyndikat - Zündholztrutz.

Wie das „Berl. Tagebl.“ mittelt, ist das Deutsche Zündholzsyndikat in Dresden, über dessen Ordnung wir bereits kurz berichtet haben, bis zum Jahre 1920 fest abgeschlossen. Dem Syndikat gehören u. a. folgende größere Fabriken an: „Union“ in Augsburg, die Deutschen Zündholzfabriken Hermann Priester in Langenburg und Rheinau, die Firma Stahl & Nölke in Kassel, die Zanover Zündholzfabriken, der grösste Teil der süddeutschen Fabriken, die norddeutschen Fabriken in Königseeberg und Danzig, die Zündholzfabrik in Kowatz in Anhalt usw.

Die Gewerkschaft Glückau-Sondershausen weist für das zweite Quartal 441 569 (328 727) Mk. Betriebsüberschuss auf. Wegen der ungewissen Lage des Kalsyndikats sieht der Vorstand vorläufig von der Einführung eines Anteils ab. Der Jahresüberschuss hat sich nun 115 000 Mk. erhöht.

Der Geschäftsbereich für das am 30. September beendete Rechnungsjahr führt aus, dass eine Belastung in den Fahrradmarken „Panther“ und „Brunsvika“ stand ein Ausfall im Versand der „Spezialfahrersch“ gegenüber. Wenn ein dem Vorjahre fast gleicher Überschuss erzielt wurde, so wurde dies durch die Verringerung der Unkosten erreicht.

Handel-, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. (Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 211,62. Diskont 196,75. Deutsche Bank 256,62. Berliner Handelsgesellschaft 183,25. Dresdener Bank 164. Russische Anleihe von 1902 91, Lombarden 23,60. Kanada 179,87. Baltimore 115,87. Philadelphia 199,60. Bochumer Guß 250,20. Gelsenkirchen 218,62. Harpener 218,87. Phönix 22,25. A. E.-Q. 260,00. Siemens & Halske 241,25. Hamburger Paketfahrt 134, Nordl. Lloyd 104,75. Grosse Berliner Strassenbahn 186,62. Tendenz: Fester.

Wasserstände.

Table with columns: Name, Unit, Date, Level. Includes Artern, Brünneppegel, Nebra, Oberepegel, Weissenfels, Unterpegel, Trotha, Alsbere, Oberepegel, Bernburg, Kalbe, Oberepegel.

Handels-Depeschen.

H. Berlin, 25. Januar. (Meldung von Louis Hirschs Telegrammbureau.) Wie verlautet, ist mit den landwirtschaftlichen Korporationen vorbehaltlich der Genehmigung des preussischen Handelsministers eine völlige Einigung erzielt worden. Die Preise gelten vorläufig für ein Jahr. Der Syndikatsbesatz hat sich neuerlich geloben.

Waren und Produkte.

Table with columns: Name, Unit, Price, Name, Unit, Price. Includes Junghans, Lau, Budweis, Prag, Brandeis, Melnik, Ledrents, Auszig, Torgau.

landischer 165,00+167,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer mährisch, mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

Hamburg, 25. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Osthoft. Mecklenb. 180-220. Roggen rubig, freier Mecklenburg und Pomm. 190-198. Gerste rubig, sudrus 114-116. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais rubig, La Plata 122-124.

